

Senatsbeschlüsse

der 183. Sitzung des Senats

am 30.10.2018, 11:15 Uhr

- 4459.) Einbringung einer Entschließung des Bundesrates zur Besteuerung betrieblicher Luxus-PKW
(Vorlage 2439/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 6. November 2018 aus.

- 4460.) "Spielt Schwimmen in der Polizeiausbildung noch eine Rolle?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2440/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2440/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:
Unter „D. Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung“ wird das Wort „Keine“ ersetzt durch die Sätze: „Durch die Beantwortung dieser Anfrage ergeben sich keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.
Die Beantwortung der Anfrage hat keine unterschiedliche Auswirkung auf Männer und Frauen; auch im Rahmen der Absolvierung des DLRG-Rettungsabzeichens in Bronze werden keine differenten Anforderungen an Frauen und Männer gestellt“.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4461.) "Welche Rolle spielen Bremer Unternehmen beim Krieg in Rojava und inwiefern kann der Senat sich humanitär engagieren?"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2441/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2441/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4462.) "Umsetzung des Ausführungsgesetzes zum Transplantationsgesetz im Land Bremen"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 09)
(Vorlage 2442/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2442/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) der Fraktion DIE LINKE „Umsetzung des Ausführungsgesetzes zum Transplantationsgesetz im Land Bremen“ mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

In der Antwort auf Frage 3 werden die Worte „und auch von Bremen unterstützte“ ersatzlos gestrichen, das Wort „wird“ ersetzt durch das Wort „soll“ und das Wort „sichere“ ersatzlos gestrichen.

- 4463.) "Wird Bremen seiner Mitverantwortung für die deutsche Kolonialgeschichte gerecht?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2443/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Kultur vom 30.10.2018)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 6. November 2018 aus.

- 4464.) Zweiter Bericht "Monitoring Wohnen und Bauen 2018"
(Vorlage 2444/19)
-

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2444/19 den zweiten Bericht des Monitorings „Wohnen und Bauen 2018“ zur Kenntnis und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, den Bericht weiterzuentwickeln und dem Senat in regelmäßigen Abständen, in der Regel jährlich, zu berichten.

- 4465.) Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie nationaler Fördermaßnahmen
(Vorlage 2445/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie nationaler Fördermaßnahmen (Zustimmungsgesetz) und die Begründung – Gesetzesabschätzung (Anlage 1) mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- Unter „D.“ werden unter „Gender-Prüfung“ die Worte „und Menschen mit Migrationshintergrund sowie auf schwerbehinderte Menschen und die Umwelt“ ersatzlos gestrichen.

- In der Begründung zum Staatsvertrag wird zu „Artikel 16 (Finanzieller Ausgleich)“ im dritten Absatz der letzte Satz ersatzlos gestrichen.

2. Der Senat beschließt die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag), den Entwurf des Zustimmungsgesetzes mit der Bitte um Beschlussfassung in 1. und 2. Lesung in der Sitzung am 7. und 8. November 2018.

4466.) Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen zur elektronischen Aktenführung bei den Gerichten und den Staatsanwaltschaften (Vorlage 2446/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2446/19 die Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen zur elektronischen Aktenführung bei den Gerichten und den Staatsanwaltschaften sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4467.) Neue Richtwerte für die Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII (Vorlage 2447/19)

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2447/19 die Aktualisierung der Richtwerte für die Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII zum 01.11.2018 zur Kenntnis.

- 4468.) "Zwischenbilanz des Projektes "Herbsthelfer"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 10)
(Vorlage 2448/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 29.10.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 29.10.2018 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 1 wird im zweiten Absatz, zweiter Satz der Satzteil „sofern sie keine Möglichkeit haben, die Online-Angebote der Verwaltung zu nutzen“ ersatzlos gestrichen.

- 4469.) Verstetigung der elektronischen Vergabe (eVergabe)
Umsetzung rechtlicher Vorgaben, Finanzierung, Leistungsvereinbarung
(Vorlage 2449/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2449/19 die Leistungsvereinbarung zwischen der Senatorin für Finanzen und der Immobilien Bremen AöR (Anlage 1) zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt der Vorabdotierung der Mittel für die eVergabe ab 2020 i. H. v. 269 Tsd. € und der Einplanung im Rahmen der Fortschreibung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung zu.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.

4470.) "Zustand der Sporthalle in der Vahr"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 09)
(Vorlage 2450/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2450/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4471.) "Änderung des IT-Staatsvertrages zur Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts "Föderale IT-Kooperation (FITKO)" sowie Vorunterrichtung der Bremischen Bürgerschaft über die Änderung des IT-Staatvertrages"
Ermächtigung des Präsidenten des Senats zur Unterzeichnung des geänderten IT-Staatsvertrages
(Vorlage 2451/19)

Beschluss:

Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass der Tagesordnungspunkt zurückgezogen wurde.

4472.) "Unbesetzte Funktionsstellen in den Schulleitungen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2452/19 und Neufassung der Vorlage und der Anlage 1 der Senatorin für Kinder und Bildung vom 29.10.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 29.10.2018 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4473.) "Integriertes Verkehrskonzept Überseestadt (IVK)"
Handlungskonzept und erste Maßnahmen
(Vorlage 2453/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau
und Verkehr und des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom
26.10.2018)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr und des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 26.10.2018 den beigefügten Endbericht mit Anlagen zum Integrierten Verkehrskonzept Überseestadt zur Kenntnis und stimmt dem unter B. vorgeschlagenen Handlungskonzept mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehen zu.
2. Der Senat stimmt den geplanten Sofortmaßnahmen unter B. mit Kosten in Höhe von 5.232 TSD. EUR auf der Grundlage der in der Vorlage aufgezeigten Finanzierung (siehe D.) zu.
3. Der Senat stimmt der Einrichtung einer über das Sonstige Sondervermögen Überseestadt refinanzierten neuen Stelle (1,0 VZÄ) im Geschäftsbereich des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Abteilung Wirtschaft zur Umsetzung des Integrierten Verkehrskonzeptes Überseestadt und Begleitung der Entwicklung des Teilgebietes Überseeinsel zu und bittet die Senatorin für Finanzen und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Einrichtung und zur Finanzierung der Stellen und der Arbeitsplatzkosten zu schaffen.
4. Der Senat nimmt die unter B. und D. dargestellte Finanzierung der verkehrlichen Maßnahmen zur Kenntnis und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie die Senatorin für Finanzen, die erforderlichen Beschlüsse der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Überseestadt sowie des Haushalts- und

Finanzausschusses herbeizuführen.

5. Der Senat stimmt einer Bewerbung im Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ zur Planung und Realisierung einer Brücke über den Europahafen sowie zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie für einen Sprung über die Weser zu.
6. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass bei einem Erfolg des Antrages als „Nationales Projekt des Städtebaus“ im Sommer 2019 ein Beschluss über die Ko-Finanzierung des beantragten Projektes herbeizuführen ist.

4474.) "Haltestelle Bardenflethstraße - ein Relikt aus alten Zeiten?"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - S 05)
(Vorlage 2454/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 29.10.2018)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 29.10.2018 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4475.) Bremisches Gesetz zur Förderung von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstandsförderungsgesetz)
(Vorlage 2455/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung aus.

4476.) Organstreitverfahren der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft Jan Timke, Piet Leidreiter und Klaus Remkes gegen den Senat der Freien Hansestadt Bremen
(Tischvorlage der Senatskanzlei vom 29.10.2018)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Tischvorlage der Senatskanzlei vom 29.10.2018 die in der Anlage beigefügte Stellungnahme und beantragt beim Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen, den Antrag zurückzuweisen.
2. Der Senat bittet die Senatskanzlei, den Schriftsatz mit 11 Abschriften beim Staatsgerichtshof einzureichen.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und Verfassung“ ergänzt werden.